

II-13736 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

~~\_\_\_\_\_~~  
~~\_\_\_\_\_~~  
Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

Wien, am 20. Mai 1994  
GZ: 10.101/119-Pr/10a/1994

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W i e n

6259/AB  
1994-05-25  
zu 6438/J

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 6438/J betreffend der Verzögerung des Neubaues der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck, welche die Abgeordneten Dr. Müller, DDr. Niederwieser, Strobl, Mag. Guggenberger und Genossen am 20. April 1994 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Wie ist der aktuelle Projektstand?

Antwort:

Die Liegenschaft für den Neubau der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck wurde im Juni 1993 der Bundesimmobiliengesellschaft übertragen. Das Projekt

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 2 -

selbst befindet sich im Planungsstadium und schreitet zügig voran.

Der Planervertrag umfaßt derzeit die Büroleistungen "Vorentwurf" und "Entwurf". Der Entwurf soll bis Herbst 1994 fertiggestellt und genehmigt werden. Es ist beabsichtigt die weiteren Planungsschritte: Einreichung, Kostenberechnungsgrundlage, Ausführungs- und Detailzeichnungen, so abzustimmen, daß ein Baubeginn aus ablauftechnischer Sicht im Frühjahr 1995 möglich wäre.

**Punkte 2 und 3 der Anfrage:**

**Wo bestehen organisatorische Probleme, wo gibt es Reibereien und Quertreibereien?**

**Wann ist auch in Innsbruck mit dem Baubeginn zu rechnen?**

**Antwort:**

Der terminliche Ablauf der Planung bis zum Baubeginn und der Baubeginn wird vom Bestellvorgang des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung abhängen. Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wird nach Zustimmung des Bundesministers für Finanzen und Bereitstellung der Mittel für die Miete die Ausführung des Bauvorhabens bei der Bundesimmobiliengesellschaft bestellen. Auf diese Vorgänge hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten keinen Einfluß.

